

Beschluss des 65. Bundeskongresses der Europa-Union  
vom 08.10.2022

---

**Weckruf für Europa – wir brauchen eine starke und  
handlungsfähige Europäische Union!**

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist eine Zäsur in der Geschichte Europas. Er bringt unermessliches menschliches Leid für die Menschen in der Ukraine. Er ist zugleich auch ein Angriff auf die europäische Friedensordnung und die Idee eines in Freiheit geeinten Europas, in dem nicht mehr das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts gilt. Der russische Überfall ist daher auch ein Weckruf für die Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses. Um den Frieden in Europa zu sichern, brauchen wir eine stärkere Europäische Union, die nach außen und innen handlungsfähig ist. Damit dies gelingt, muss die EU jetzt gestärkt werden.

Mit der Konferenz zur Zukunft Europas wurde im Jahr 2021 ein breit gefasster Diskussionsprozess in Gang gesetzt. Das Ziel war es, Vorschläge für die Weiterentwicklung der EU zu erarbeiten. Leider hat die Konferenz zu wenig öffentliche Aufmerksamkeit erhalten. Dennoch haben die Diskussionen einen Mehrwert gebracht. Es wurde deutlich, dass eine gestärkte EU notwendig ist, um viele der Zukunftsprobleme lösen zu können. Die Konferenz hat am 9. Mai 2022 ihre Ergebnisse vorgelegt. Wir begrüßen den beachtlichen und zukunftsweisenden Katalog von 49 Empfehlungen und mehr als 326 Einzelmaßnahmen.

Wir fordern:

- Die EU-Institutionen müssen die Vorschläge der Konferenz zur Zukunft Europas nun ernsthaft prüfen und zu jedem Vorschlag darlegen, wie diese umgesetzt werden sollen und ob dies innerhalb des bestehenden Vertragsrahmens möglich ist oder ob Vertragsänderungen erforderlich sind. Sollten Vorschläge als nicht umsetzbar erachtet werden, muss eine genaue Begründung erfolgen.

- Um die EU handlungsfähiger zu machen, fordert die Zukunftskonferenz die Abschaffung der Einstimmigkeit für Entscheidungen im Rat in den Bereichen, in welchen diese noch gilt – insbesondere in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, für Verfahren zum Schutz des Rechtsstaats und der Grundrechte sowie bei Steuern und Haushalt. Diese Empfehlung entspricht einer langjährigen Forderung der Europa-Union und sollte prioritär und zeitnah umgesetzt werden. Dies kann teilweise bereits im Rahmen des bestehenden Vertrags über die sogenannte Passerelle-Klausel umgesetzt werden. Die von der tschechischen Ratspräsidentschaft angestoßene Debatte im Ministerrat muss ernsthaft und schnell geführt werden. Sollte sich zeigen, dass dieser Weg nicht zum Ziel führt, sollten entsprechende Vertragsänderungen erfolgen.
- Die Zukunftskonferenz fordert die Einführung eines europäischen Wahlrechts einschließlich transnationaler Listen und ein Spitzenkandidatensystem. Hierzu hat das Europäische Parlament bereits einen Gesetzesvorschlag gemacht. Dieser sollte noch in diesem Jahr vom Rat angenommen werden, damit er rechtzeitig vor der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 in Kraft treten kann.
- In den Empfehlungen finden sich viele Vorschläge zur Stärkung der Rolle des Hohen Beauftragten für die Außenbeziehungen. Wir fordern, dass aufbauend auf den Forderungen der Zukunftskonferenz konkrete Vorschläge zur Aufwertung der/des Hohen Beauftragten zu einer echten EU-Außenministerin bzw. einem echten EU-Außenminister erarbeitet werden. Darüber hinaus muss die Rolle der Europäischen Kommission bei Gipfelkonferenzen gestärkt werden.
- Die Konferenz zur Zukunft Europas empfiehlt eine Stärkung des Europäischen Parlaments durch ein eigenes Initiativrecht und ein vollständiges Haushaltsrecht. Diese Empfehlung sollte zeitnah in Form einer Vertragsänderung umgesetzt werden.
- Um die EU nach außen handlungsfähiger zu machen, empfiehlt die Zukunftskonferenz weitere Schritte hin zu einer Verteidigungsunion. Angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine hat diese Forderung neue Bedeutung gewonnen. Wir fordern, dass auf Grundlage der Empfehlungen der Zukunftskonferenz ein Konzept zur Ausgestaltung einer Europäischen Verteidigungsunion gemeinsam mit der NATO erarbeitet und umgesetzt wird. Viele Mitgliedstaaten investieren jetzt mehr in Verteidigung. Die Mittel müssen gemeinsam in europäische harmonisierte Waffensysteme investiert werden, damit sie europäisches Handeln ermöglichen.

- Wir begrüßen die Zuerkennung des Kandidatenstatus für die Ukraine und die Republik Moldau, sehen aber auch die Notwendigkeit, die Staaten des Westlichen Balkan stärker in den Blick zu nehmen. Wir sehen den Bedarf, alle Kandidatenstaaten auf ihrem Weg in die EU in der Umsetzung der für einen Beitritt notwendigen Kopenhagener Kriterien aktiv zu unterstützen. Dabei spielen kommunale Partnerschaften und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen eine wichtige Rolle. Gleichzeitig ist klar, dass die Aufnahme- und Handlungsfähigkeit der EU (u.a. durch Aufgabe der Einstimmigkeit) berücksichtigt werden muss.
- Damit die Empfehlungen der Zukunftskonferenz aufgegriffen werden können, die Vertragsänderungen erfordern, fordern wir vom Europäischen Rat die Einberufung eines Konvents gemäß Art. 48 EU-Vertrag. Wir unterstützen den Vorschlag des Europaparlaments und begrüßen die Unterstützung der EU-Kommissionspräsidentin dafür. Wir erwarten von allen pro-europäischen Regierungen, jetzt aktiv dafür einzutreten.
- Wir fordern die pro-europäischen Mitglieder des Bundestags und die Bundesregierung auf, die Verwirklichung der Empfehlungen der Zukunftskonferenz mit ihren europäischen Kollegen zu diskutieren, um Beschlüsse im Rat zu erleichtern.
- Wir ermutigen die Bundesregierung und den Bundestag, den Diskussionsprozess zur Zukunft der EU fortzusetzen und dabei insbesondere weiter auch grenzüberschreitende Formate und Jugendliche als Zielgruppe in den Blick zu nehmen.